

Aufbau der Dokumentation

Der Aufbau dieser Dokumentation orientiert sich am Aufbau des gesamten Bandes.

Verfassungssynopse: Zunächst werden die verfassungsrechtlichen Grundlagen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten synoptisch dargestellt. Die Grundlage für die Synopse bildet eine Sammlung von Verfassungstexten, die 2005 neu aufgelegt wurde (Kimmel, Adolf/Kimmel, Christiane (Hrsg.), 2005: Verfassungen der EU-Mitgliedstaaten. München). In ihr sind auch alle Verfassungsänderungen enthalten, die vor dem 1. Januar 2005 in Kraft traten. In einigen Fällen (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien) wurden bei wichtigen Aktualisierungen seit dem Jahr 2005 neuere Verfassungstexte herangezogen, die im Internet verfügbar sind (www.verfassungen.de). Die österreichische Verfassung enthält keinen Grundrechtsteil, nimmt aber Bezug auf die Europäische Kommission zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die dementsprechend ebenfalls für die Synopse herangezogen wurde (www.staatsvertraege.de/emrk.htm). Die Darstellung der Verfassungsmerkmale der ersten zwölf Mitgliedsländer stützt sich außerdem auf die Verfassungssynopse von Frank Brettschneider aus der ersten Ausgabe des hier vorliegenden Bandes zu den EU-Staaten von 1994. Die Verfassungen der beiden neuesten Mitgliedsländer der EU, Bulgarien und Rumänien, wurden unter Rückgriff auf die Internetseite des bulgarischen Verfassungsgerichts (www.constcourt.bg/ks_de_frame.htm) und die Seite des rumänischen Parlaments (www.cdep.ro/pls/dic/site.page?id=371) zusammengefasst.

Für Hintergrundinformationen konnte außerdem auf eine kurze Beschreibung der Verfassungen aller 27 Mitgliedsländer durch die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) zurückgegriffen werden.

Im ersten Abschnitt der Synopse wird gefragt, um welche Staatsform es sich handelt, wer der Souverän ist und welche rechtlichen Regelungen zur Gewaltenteilung existieren. In diesem und in den anderen Teilen der tabellarischen Übersicht werden die Stichworte zur Beschreibung der Verfassungen durch die Angabe der Artikel, auf die Bezug genommen wurde, ergänzt. Der zweite Abschnitt befasst sich mit dem Verhältnis zwischen Staat und Bürgern: Welche allgemeinen Persönlichkeitsrechte sind garantiert (z. B. Gleichheit vor dem Gesetz, Postgeheimnis, Schutz der Menschenrechte) und welche politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte und Pflichten finden Erwähnung (z. B. Wahlpflicht, Meinungsfreiheit, Eigentumsgarantie, Widerstandsrecht, Streikrecht)? Auch das Verhältnis zwischen Kirche und Staat sowie die Frage, ob und welche Staatsziele sich in der Verfassung finden, werden in diesem Abschnitt berücksichtigt, wohingegen das Wahlrecht und seine konkrete Bedeutung im Kapitel zur Partizipation erörtert werden. So lassen sich gerade im Hinblick auf die Staatsziele deutliche Unterschiede feststellen: Während in einigen Ländern überhaupt keine Staatsziele benannt werden (z. B. Belgien, Frankreich, Luxemburg), findet sich z. B. in den Niederlanden, in Griechenland und Portugal der Umweltschutz als Staatsziel in der Verfassung wieder (neue EU-Länder). Freilich sagen diese Bestimmungen alleine noch nichts über die Verfassungswirklichkeit aus. Unter anderem mit der Perspektive auf Einheit und Handlungsfähigkeit der EU sowie die Debatten für einen Verfassungsvertrag für die Europäische Union sind sie jedoch von Bedeutung. Der dritte Abschnitt befasst sich mit der Organisation und den Trägern politischer Willensbildung; es werden die politischen Partizipationsrechte (Wahlen, Referenden, Petitionen) sowie die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien und Verbände gegenübergestellt. Der vierte und fünfte Abschnitt widmen sich den Staatsorganen und der politisch-administrativen Gliederung des Staates: Wie werden Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament bestellt und wie können sie abgelöst werden? Über welche Kompetenzen verfügen die Staatsorgane? Im sechsten Abschnitt wird danach gefragt, wie die Kompetenzen zwischen Zentralstaat und subnationalen Einheiten verteilt sind und welche Einflussbeziehungen es zwischen diesen beiden Ebenen gibt. Der siebte Abschnitt enthält Regelungen, die EU-Mitgliedstaaten im Zuge der Europäischen Integration beschlossen haben. Sie betreffen in erster Linie das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger sowie die Kompetenzverteilung zwischen den Staatsorganen in EU-Fragen.

Eva-Maria Trüding

Die EU-Staaten im Vergleich
Strukturen, Prozesse, Politikinhalt
Gabriel, O.; Kropp, S. (Hrsg.)
2008, VII, 745 S., Softcover
ISBN: 978-3-531-42282-4